



Liebe Leserinnen,

am 29.05.2015 haben wir auf unserer Landeskonferenz einen neuen Landesvorstand gewählt. Ich wurde als Landesvorsitzende für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Ich freue mich sehr über das große Vertrauen der Frauen. Auch in der neuen Wahlperiode wollen wir mit der ASF und der SPD viel bewegen – für eine geschlechtergerechte Gesellschaft in unserem Land. Unser aktueller Newsletter informiert euch wie immer über die aktuellen gleichstellungspolitischen Entwicklungen in unserem Land.

Ich wünsche Euch bei der Lektüre viel Freude und eine angenehme Sommerpause!

Eure Corinna Reinecke

Neuer ASF-Landesvorstand gewählt

Die Landeskonferenz der ASF Sachsen-Anhalt hat am 29.05.2015 einen neuen Vorstand gewählt. Die bisherige Vorsitzende Corinna Reinecke aus Wittenberg wurde für weitere 2 Jahre im Amt bestätigt, als Stellvertreterin steht ihr Sarah Schulze aus Magdeburg zur Seite. Den neugewählten Landesvorstand komplettieren die Beisitzerinnen Petra Börst-Harder (Harz), Angelika Engel (Jerichower Land), Sylvia Gernoth (Dessau-Roßlau), Karin Klingen (Börde), Maike Lechler (Halle), Kerstin Mogdans (Magdeburg) und Nicole Wichmann (Saalekreis).



Quelle: SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt

Darüber hinaus sprachen sich die Genossinnen für ein „Parité-Gesetz“ nach französischem Vorbild aus, um den Anteil von Frauen in den Parlamenten zu erhöhen. Überdies sollen die in den Frauenschutzhäusern untergebrachten Kinder besser unterstützt werden. Weiterhin soll das Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geändert werden, um die Studierende besser vor sexueller Belästigung zu schützen. Bislang sind die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen nicht für die Studierenden zuständig, das soll nun geändert werden. Die Beschlüsse werden dem neuen ASF-Landesvorstand als Arbeitsgrundlage für die nächsten zwei Jahre dienen.

Neben der Vorstandswahl stand auch die Beratung von inhaltlichen Anträgen auf der Tagesordnung. So wurde der Antrag zur Einhaltung einer quotierten Landesliste zur kommenden Landtagswahl, die mit einer Spitzenkandidatin beginnen soll, beschlossen.

Infobrief der Ebert-Stiftung: Gender Matters



Quelle: <http://fes.de/gender/infobrief/>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung gibt einen Infobrief zu ihrer genderpolitischen Arbeit heraus. Unter <http://www.fes.de/gender/infobrief/publikationen/> kann der nunmehr 5. Infobrief heruntergeladen werden. Als Hauptthema widmet sich die Publikation dem Thema „Zwischen Ohnmacht und Ermächtigung: Gender in bewaffneten Konflikten“. Eine Druckversion kann man auf Anfrage auch unter FES.genderkoordination@fes.de erhalten.

Terre de Femmes verleiht Negativ-Preis

Mindestens 5.000 Werbebotschaften begegnen uns täglich; beim Zeitungslernen oder beim Fernsehgucken, beim Surfen im Internet und beim Laufen durch die Stadt. Werbung ist allgegenwärtig und unvermeidbar. Manchmal bringt sie uns zum Lachen, manchmal bringt sie uns zum Kaufen, manchmal gelingt es uns sie zu ignorieren und viel zu häufig macht sie uns zornig! Es macht uns zornig, dass immer noch Unternehmen, Verbände oder Vereine mit plumpem Sexismus werben, mal trivial, mal ganz offensichtlich.

Bei den schlimmsten Fällen schreitet der Werberat ein und in seltenen Fällen zieht das Unternehmen wegen der Proteste die Werbung freiwillig zurück. Dennoch: „Sex Sells“ ist immer noch ein gängiges und viel zu oft praktiziertes Motto der Werbeindustrie. Da zahlreiche Unternehmen bei Kritik bisher ignorant sind, setzen wir mit unserem Preis ein Zeichen: Wir wehren uns! Für die Verleihung des „Zornigen Kaktus“ qualifizieren sich die Werbetreibenden durch folgende Kriterien: Mädchen und Frauen werden abwertend dargestellt, Mädchen und Frauen werden als (allzeit verfügbare) Sex-Objekte inszeniert, zwischen Produkt und Model besteht kein nachvollziehbarer Zusammenhang, in der Werbung wird Gewalt gegen Frauen oder Mädchen verherrlicht oder heruntergespielt. Die Jury nimmt eure Einreichungen noch bis zum 21. August unter presse@frauenrechte.de an.



Quelle: www.terredesfemmes.de

Bundesverfassungsgericht kippt Betreuungsgeld

Das Betreuungsgeld verstößt in seiner bisherigen Form gegen das Grundgesetz. Nicht der Bund, sondern die Länder seien für die Leistung zuständig, entschied Karlsruhe. Das Betreuungsgeld gleiche zudem keine Missstände bei Kita-Angeboten aus, weil die Zahlung nicht davon abhängt, ob ein Betreuungsplatz vorhanden ist, sondern nur davon, dass



Bild: Lupo/pixelio.de

Eltern ihn nicht in Anspruch nehmen. Auch aus dem vom Grundgesetz geschützten Elternrecht lässt sich den Richter_innen zufolge kein Anspruch auf Betreuungsgeld ableiten: „Das Angebot öffentlich geförderter Kinderbetreuung steht allen Eltern offen. Nehmen es Eltern nicht in Anspruch, verzichten sie freiwillig“. Es gebe dann auch keine Pflicht, diesen Verzicht durch eine Prämie auszugleichen. Das Verfassungsgericht äußerte sich aufgrund der fehlenden Zuständigkeit des Bundes jedoch nicht inhaltlich zum Betreuungsgeld.

Derzeit erhalten Eltern von mehr als 455.000 Kindern das von Kritikern als "Herdprämie" verspottete Betreuungsgeld. Es beträgt pro Kind monatlich 150 Euro. Die Eltern können die staatliche Leistung vom ersten Tag des 15. Lebensmonats des Kindes bis zum Ende des 36. Lebensmonats beanspruchen.

Fördermaßnahmen für junge Frauen

Das Land Sachsen-Anhalt reicht im Rahmen der EU Strukturfondsperiode 2014-2020 mehr als eine Million Euro für Fördermaßnahmen aus, von denen insbesondere junge Frauen profitieren sollen.

Die geförderten Projekte betreffen die besonderen Problemlagen Alleinerziehender und das Fortkommen von Frauen in wissenschaftlichen Berufen. Zur Verwirklichung ihrer Projekte erhalten der Ausbildungsverbund der Wirtschaftsregion Magdeburg/ Braunschweig e.V., das BWSA und die Otto-von-Guericke-Universität die dazu benötigten finanziellen Mittel. Justizministerin Kolb würdigte die wichtige Arbeit der Projektträger und stellte heraus, dass Gleichstellung und Chancengleichheit nicht nur politische Forderungen bleiben dürften, sondern mit Hilfe konkreter Maßnahmen umgesetzt werden müssten; eine auskömmliche finanzielle Ausstattung sei dafür das Fundament.

CEDAW-Staatenbericht der Bundesregierung erschienen

Unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/051/1805100.pdf> hat die Bundesregierung eine Vorabfassung des kombinierten 7. und 8. CEDAW-Staatenberichtes veröffentlicht. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) wurde am 18. Dezember 1979 von der UN- Generalversammlung verabschiedet. Als Vertragsstaat ist Deutschland dazu verpflichtet, alle vier Jahre über die Entwicklungen und den Umsetzungsstand in Deutschland zu berichten. Der Bericht nimmt u.a. Stellung zu folgenden Bereichen:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Partnerschaftliche Aufteilung der Kinderbetreuung, Ausbau Kinderbetreuung, Gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben, Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Situation von Alleinerziehenden
- Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Sicherstellung einer angemessenen finanziellen Unterstützung von Frauenhäusern
- Verbesserung der Situation und des Schutzes vor Gewalt von Frauen mit Behinderung
- Bekämpfung der Ausbeutung von Prostituierten und des Menschenhandels
- Beseitigung der Diskriminierung von Migrantinnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden
- Förderung der Frauengesundheit

Call for Papers/Abstracts:

5. Landesweiter Tag der Genderforschung in Sachsen-Anhalt

Der fünfte landesweite Tag der Genderforschung in Sachsen-Anhalt findet statt an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg am 12. November 2015, 10.00–18.00 Uhr. Die Tagung richtet sich an Promovierende und Postgraduierte. Nachwuchswissenschaftler*innen soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre aktuellen wissenschaftlichen Arbeiten und laufenden Projekte zur Genderforschung vorzustellen und mit den weiteren Teilnehmer*innen der Konferenz zu diskutieren. Alle interessierten Nachwuchswissenschaftler*innen, die sich mit Forschungsthemen und der Vorstellung von Projekten an der Tagung beteiligen möchten, bitten wir um Zusendung von Arbeitspapieren (ein bis drei Seiten) bis zum 31. Mai 2015 an folgende Adresse: Michaela.Frohberg@ovgu.de

Landesfrauenrat sucht Verstärkung für das Projekt „Netzwerkstelle zum AGG in Sachsen-Anhalt“

Der *Landesfrauenrat* ist seit Juli 2015 bis 31.12.2017 Träger des aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten Projektes „Netzwerkstelle zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Sachsen-Anhalt“. Ziel ist es, gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden des Landesfrauenrates durch gezielte Workshops und Weiterbildungen Multiplikator_innen zur Beratung zum AGG zu schulen und Öffentlichkeitsarbeit zum AGG zu betreiben. Hierfür suchen wir Teamverstärkung. Die Ausschreibung findet ihr hier: http://www.landesfrauenrat-sachsen-anhalt.de/files/2015-stellenausschreibung-agg_2_.pdf



Quelle: www.fes.de

Ihr habt viel zu sagen, aber oft das Gefühl, nicht richtig durchzudringen? Gegen männliche Kommunikationsrituale scheint kein Kraut gewachsen? Nach Redebeiträgen denkt ihr manchmal: Das hätte besser laufen können? Gute Nachrichten: Die erfolgreiche Rhetorikreihe „Listen to me - für Einsteigerinnen“ der Friedrich Ebert-Stiftung wird im Herbst fortgesetzt:

Rhetorik-Training für Einsteigerinnen am 19./20. 09.2015 im Novotel Berlin - Mitte, Fischerinsel 12.

Das zweitägige Seminar kostet 70,00 EUR, Verpflegung ist dabei inklusive. Das Seminar findet am Samstag von 10.00-18.00 Uhr und am Sonntag von 10.00-14.00 Uhr statt. Die Anmeldung ist möglich bei Doreen Mitzlaff. Mail: doreen.mitzlaff@fes.de oder per Fax 030/26935-9241.

Bundestag verabschiedet Verbesserungen von Familienleistungen

Der Bundestag hat am 18. Juni in zweiter/dritter Lesung den Gesetzentwurf zur Verbesserung von Familienleistungen verabschiedet. Mit dem Gesetzentwurf sollen unter anderem das Kindergeld, der Kinderzuschlag und der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende angehoben werden. „Heute ist ein guter Tag für Familien, denn wir bringen ein milliarden-schweres Entlastungspaket auf den Weg.

Das ist eine gute Nachricht für alle Familien in Deutschland“,

betonte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig in ihrer Rede anlässlich der Gesetzesberatung.

Familien sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Das Familienpaket, ist ein Signal der Wertschätzung und Anerkennung für die Familien in diesem Land. Besonders erfreulich ist, dass nun auch die Verbesserungen beim Entlastungsbetrag für Alleinerziehende im Gesetzgebungsverfahren beschlossen wurden, die den Alleinerziehenden schon in 2015 mehr Netto vom Brutto bringen werden. „Alleinerziehende Mütter und Väter stemmen viel und sind trotzdem oft von Armut bedroht. Sie dürfen steuerlich nicht schlechter gestellt werden als verheiratete Paare und deshalb freue ich mich, dass wir den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende endlich erhöhen.“ Gleichzeitig machte die Bundesfamilienministerin auf die Vielfalt von Familien aufmerksam: „Von dem Paket profitieren alle Familienformen. Paare mit oder ohne Trauschein, Alleinerziehende, Patchwork- und Regenbogenfamilien - es ist wichtig, dass wir alle Familien mit Infrastruktur, mit Zeit füreinander aber auch mit Geldleistungen unterstützen. Das tut unser Familienpaket.“

Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Der Kinderzuschlag wird um 20 Euro auf 160 Euro monatlich ab dem 1. Juli 2016 angehoben
- Der steuerliche Kinderfreibetrag steigt für 2015 von 4.368 Euro auf 4.512 Euro und für 2016 von 4.512 Euro auf 4.608 Euro
- Das Kindergeld steigt 2015 monatlich um 4 und 2016 um weitere 2 Euro
- Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird rückwirkend zum 1. Januar 2015 von 1.308 € auf 1.908 Euro jährlich erhöht. Zudem wird eine Staffelung ab dem 2. Kind mit zusätzlich 240 Euro pro weiteren Kind neu eingeführt.
- Der steuerliche Grundfreibetrag wird für das Jahr 2015 von 8.354 Euro auf 8.472 Euro erhöht. Eine weitere Erhöhung erfolgt 2016 von 8.472 Euro auf 8.652 Euro.
- Auch der Unterhaltsvorschuss wird mit dem geplanten Gesetz angehoben



Quelle: © Susie Knoll/SPD

Impressum:

V.i.S.d.P.: Corinna Reinecke
Redaktion: Sarah Schulze
SPD-Landesgeschäftsstelle,
ASF-Landesverband
Bürgerstraße 1,
39104 Magdeburg

Termine:

01.09.2015, 19:00 Uhr: Wahl eines neuen ASF-Stadtvorstandes, Halle
05.09. - 06.09.2015: Juso LAK GIN Wochenende in Naumburg mit Workshop zum Thema "Situation von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen in Sachsen-Anhalt"
15.09.2015, 18:15 Uhr: ASF-Landesvorstand, Magdeburg
26.09.2015, 10 Uhr: Hallescher Frauenlauf mit Bambinilauf